

Seit Ende April 2010 verfügt Belgien über keine handlungsfähige Regierung mehr. Die vorzeitigen Parlamentswahlen im Juni 2010 haben die Polarisierung im 1831 gegründeten Königreich der Flamen und Wallonen weiter verschärft.

Erst am 21. Juli 2011, dem belgischen Nationalfeiertag, verständigten sich die Vorsitzenden von acht Parteien darauf, gemeinsam über Staatsreform und Regierungsbildung zu verhandeln. Die durch die seit Monaten andauernden taktischen Spielchen auch nervlich strapazierten Spitzenpolitiker gönnten sich zunächst eine mehrwöchige Verschnauf- und Denkpause.

Tatsächlich hielten sich die meisten Politiker der beteiligten acht Parteien (Sozialisten, Christliche Demokraten, Liberale sowie Grüne beider Landesteile) an die Vereinbarung, vorerst öffentlich zu schweigen.

Mitte September schien dann der Durchbruch in den Verhandlungen gelungen zu sein. Die acht Parteivorsitzenden verständigten sich auf einen Kompromiss zur Spaltung des Wahlbezirks Brüssel-Halle-Vilvoorde (BHV). Der Bezirk, der die Hauptstadt und 35 flämische Umlandgemeinden umfasst, hat sich in den vergangenen Jahren zum Symbol des Sprachenstreits entwickelt. Mit dem Kompromiss über BHV wuchs die Zuversicht, zu einer umfassenden Verständigung zwischen den Sprachgruppen zu gelangen.

Zuvor hatte die verschärfte Situation auf den internationalen Finanzmärkten

auch Belgien – zum zweiten Mal innerhalb weniger Monate – ins Visier der Kapitalanleger und Ratingagenturen gerückt. Obwohl die Zinsen für belgische Staatsanleihen bei Weitem nicht so stark anstiegen wie für spanische und italienische Papiere, herrschte auch in Belgien große Nervosität.

Der geschäftsführende Premierminister Yves Leterme mahnte zur Eile. Er forderte, Klarheit über die Vorarbeiten zum Staatshaushalt für 2012 zu erlangen sowie die von den 17 Staaten des Euro-Raums auf ihren Krisengipfel am 21. Juli vereinbarten Schritte zur Stabilisierung der europäischen Währungsunion rasch abzusegnen.

So schien eine Verquickung aus innenpolitischer Einsicht und internationalen Zwängen in der Euro-Krise eine Lösung der akuten Probleme Belgiens endlich näherzubringen. Ende August liefen die Verhandlungen zur Regierungsbildung unter Führung des wallonischen Sozialisten Elio Di Rupo offiziell an. Dass die Gespräche kein Selbstläufer sein würden, war allen Beteiligten klar. Vor allem war ihnen bewusst, wer Nutznießer eines abermaligen Scheiterns in Brüssel wäre: die separatistische „Neue Flämische Allianz“ (N-VA) unter ihrem ebenso populären wie populistischen Vorsitzenden Bart De Wever.

Belgien im Umbruch

Belgien hat sich in den vergangenen Jahrzehnten in vielerlei Hinsicht auseinandergeliebt. Wallonien, nicht zuletzt

das einst florierende Kohle- und Stahlbecken rings um die Großstädte Lüttich und Charleroi, bleibt durch wirtschaftliche Strukturschwächen und hohe Arbeitslosigkeit gekennzeichnet. Flandern, bis weit in das zwanzigste Jahrhundert hinein im Schatten des wirtschaftlich, politisch und sprachlich dominierenden Südens stehend, zählt heute mit einer Vielzahl mittelständischer Unternehmen zu einer der dynamischsten Regionen Europas.

Nach wie vor bleiben die wirtschaftlichen Bande zwischen beiden Landesteilen sehr eng. Der seit 1970 in Etappen vorangetriebene Umbau Belgiens von einem Zentral- zu einem stark durch das deutsche Beispiel inspirierten Bundesstaat hat allerdings die wirtschaftliche Autonomie gestärkt. Eine unwürdige Kompensationsmentalität gehört der Vergangenheit an. Sie zwingt, unabhängig von jeglicher ökonomischen Vernunft, bei öffentlichen Investitionen in einem Landesteil zu entsprechenden „Gegenleistungen“ jenseits der Sprachgrenze. Dies hat maßgeblich dazu beigetragen, die belgische Staatsverschuldung bis 1993 auf eine schwindelerregende Höhe von 138 Prozent der Wirtschaftsleistung aufzutürmen.

Mit der größeren wirtschaftlichen Eigenständigkeit der Regionen ging auch eine stärkere kulturelle Autonomie einher. Positiv wirkte sich dies in der Literatur-, Theater- oder auch Modeszene aus. Die Zahl international renommierter Schriftsteller, Regisseure und namhafter Künstler aus beiden Landesteilen ist heute beeindruckend. Auf flämischer Seite seien stellvertretend der Operntendant Gerard Mortier, der Ausstellungskurator Jan Hoet, die Schriftsteller Tom Lanoye und Erwin Mortier oder die Modedesigner Dries Van Noten und Ann Demeulemeester genannt. Auf französischsprachiger Seite seien die Schriftstellerin Amélie Nothomb, der Filmschau-

spieler Benoît Poelvoorde sowie die 1999 und 2005 bei den Filmfestspielen als Regisseure mit der „Goldenen Palme“ ausgezeichneten Brüder Jean-Pierre und Luc Dardenne erwähnt.

Bezeichnend für die jüngste Entwicklung ist, dass die genannten Künstler außerhalb Belgiens meist bekannter sind als im jeweils anderen Landesteil. Hand in Hand geht diese Entwicklung mit einer abnehmenden Kenntnis der unmittelbaren Nachbarschaft. In den Nachrichten des Landes rücken lokale und regionale Ereignisse oft in den Vordergrund. Während in Wallonien Niederländisch immer einen schweren Stand hatte, haben die Französischkenntnisse in Flandern inzwischen in bedenklichem Maße nachgelassen. Insofern erscheint es konsequent, wenn auch politisch kurzfristig, dass der flämische sozialistische Bildungsminister Pascal Smet jüngst angeregt hat, das (im Alltag ohnehin immer stärker präsente) Englische im Sprachenunterricht mit dem Französischen gleichzustellen.

Konservatives Flandern und progressives Wallonien

Vor diesem Hintergrund hat sich in Belgien eine Polarisierung vollzogen. Im Bundesstaat wachsen die Fliehkräfte – so unverstündlich im Zeitalter der Globalisierung ein Rückzug in das eigene Schneckenhaus und das Errichten neuer Trennwände im Herzen Europas auch erscheinen mag.

Belgien, eines der sechs Gründungsmitglieder und Hauptsitz der Institutionen der Europäischen Union, bietet heute ein Bild scharfer Kontraste. Im französischsprachigen, an einer Beibehaltung des seit 1970 entstandenen Bundesstaates stark interessierten Süden kam es zu einem Linksruck. Nimmt man das zur Europäischen Volkspartei (EVP), aber in den vergangenen Jahren nahe an Sozialisten (PS) und Grüne (Ecolo) herangerückte

Demokratisch-Humanistische Zentrum (CDH) hinzu, dann kamen links der politischen Mitte angesiedelte Parteien bei den Wahlen im Juni 2010 im Südteil auf rund zwei Drittel, die deutlich rechts der Mitte orientierten Liberalen (MR) lediglich auf 22,2 Prozent der Stimmen.

Im einst katholisch geprägten Flandern ist das politische Meinungsbild umgekehrt. Sozialisten und Grüne erreichten gemeinsam gerade einmal 21,5 Prozent der Stimmen. Die über Jahrzehnte in Belgien dominierenden, zuletzt in verschiedene Flügel gesplante und zerstrittenen Christlichen Demokraten (CD&V) kamen gerade auf 17,8 Prozent. Die separatistische N-VA, mit der die CD&V 2007 noch in einer Listenverbindung gemeinsam angetreten war, schaffte hingegen im Alleingang 27,8 Prozent. Dadurch wurde sie mit 27 von 150 Sitzen stärkste Fraktion im belgischen Abgeordnetenhaus.

Nicht nur aus dem Lager der CD&V erhielt De Wevers Partei Zulauf. Auch enttäuschte ehemalige Wähler des fremdenfeindlichen und nationalistischen, von 19 auf 12,3 Prozent geschrumpften Vlaams Belang sowie der Liberalen (Open VLD), deren Stimmenanteil in Flandern von 18,8 auf 13,6 Prozent absackte, liefen in Scharen zur N-VA über.

An den französischsprachigen Sozialisten unter ihrem Parteivorsitzenden Elio Di Rupo, die im Südteil des Landes bei den Wahlen auf 37,6 Prozent der Stimmen und 26 Sitze im Parlament kamen, führt in Wallonien sowie in den Gesprächen mit dem nördlichen Landesteil kein Weg vorbei. Auch De Wever erschien angesichts seines spektakulären Erfolgs bei den Wahlen lange Zeit als „incontournable“ – als unumgänglich.

Der vierzig Jahre alte De Wever aus der flämischen Hafenstadt Antwerpen und der zwanzig Jahre ältere Elio Di Rupo, in der krisengeschüttelten Provinz Hennegau aufgewachsene Spross einer Einwan-

dererfamilie aus den Abruzzen, verkörpern einhundertachtzig Jahre nach der Gründung des Königreichs die politischen Gegensätze in Belgien.

De Wever gegen Di Rupo

Der rhetorisch geschliffene Historiker De Wever sieht in einer staatlichen Selbstständigkeit des nördlichen Landesteils die Krönung des seit über einem Jahrhundert andauernden und von ihm verkörperten flämischen Strebens nach mehr Autonomie.

Di Rupo, ein studierter Naturwissenschaftler, gilt als ein gewiefter, aber vor politischen Risiken zurückschreckender Taktiker. Ihm ist es allerdings gelungen, sich im Süden des Landes als der Gralshüter der Interessen der Französischsprachigen in einem sich verändernden, aber unter einem Dach verbleibenden belgischen Bundesstaat darzustellen. Anders als die Liberalen erscheint Di Rupo auch vielen französischsprachigen Wählern als beste Garantie gegen die befürchtete Aushöhlung des belgischen Sozialstaats.

Beide Politiker, De Wever in Flandern und Di Rupo im französischsprachigen Landesteil, haben von einem Konstruktionsfehler im belgischen Bundesstaat profitiert. Ein Interessenausgleich wie im deutschen Bundesstaat mit seinen sechzehn Ländern ist in Belgien mit seinen Regionen Flandern, Wallonien, der überwiegend französischsprachigen Hauptstadt Brüssel sowie der kleinen, 70 000 Einwohner zählenden deutschsprachigen Gemeinschaft in Ostbelgien ungleich schwieriger.

De Wevers N-VA schlachtet die Schwäche der bundesstaatlichen Konstruktion ebenso aus wie die Sozialisten im Süden des Landes. Da die Politiker nur den Wählern der eigenen Sprachgruppe Rechenschaft schulden, zahlt sich eine unversöhnliche Haltung aus. Wer den Eindruck vermitteln kann, besonders hartnäckig und unversöhnlich die Inte-

ressen des eigenen Landesteils gegen vor- geblich niederträchtige Politiker der anderen Seite zu vertreten, kann auf Belohnung durch die Wähler hoffen. De Wever, der gerne durch die Fernsehshows tingelt und mit zuweilen flapsigen, zuweilen aggressiven Sprüchen das Feld besetzt, ist ein Meister dieser zweifelhaften Kunst.

Das Werben um De Wever oder die Quadratur des Kreises

In Flandern schien es lange Zeit eine ausgemachte Sache zu sein, dass ohne De Wevers Mitwirken weder Staatsreform noch neue Regierung zustande kämen. Das glänzende Wahlergebnis der N-VA, bei gleichzeitigen empfindlichen Schlapfen für traditionelle Parteien wie die CD&V, die liberale Open VLD und die sozialdemokratische SP.A, schien keinen anderen Ausweg zu bieten, als eine Verständigung mit De Wever zu suchen.

Auch in Wallonien schien Di Rupo zu nächst keine andere Option zu sehen, als mit De Wever zu verhandeln. Dahinter stand die Erkenntnis, dass die für weite Teile der Staatsreform erforderliche parlamentarische Zweidrittelmehrheit von mindestens 100 der 150 Sitze ein breites parteipolitisches Bündnis erfordere. Dies gilt insbesondere für die Übertragung weiterer Zuständigkeiten vom Bundesstaat auf die Regionen, nicht zuletzt in der Arbeitsmarkt- und Steuerpolitik.

Symbolisiert wurde der Sprachenkonflikt auch nach den Wahlen durch den seit 2003 schwelenden Dauerstreit um die Spaltung des die zweisprachige Hauptstadt sowie 35 flämische Umlandgemeinden umfassenden Wahl- und Gerichtsbezirk Brüssel-Halle-Vilvoorde (BHV). Das belgische Verfassungsgericht hat die Tatsache, dass dort – anders als sonst in Belgien – Wahlbezirke nicht an Provinzgrenzen gebunden sind, 2003 als ungesetzlich bezeichnet. Während die flämischen Parteien die Spaltung entlang der verwaltungsmäßigen

Sprachgrenzen für zwingend halten, sahen dies die Französischsprachigen anders. Seit Jahren wird daher an Modellen gebastelt, die eine Spaltung des Bezirks vorsehen, andererseits aber den Bewohnern von mindestens sechs an Brüssel angrenzenden Gemeinden die Möglichkeit geben soll, für (französischsprachige) Kandidaten in der Hauptstadt zu stimmen.

Schnell zeichnete sich im Juli 2010 ab, dass die Aufgabe der Regierungsbildung – und damit auch der Vorbereitung der Staatsreform – dem wallonischen Sozialisten Di Rupo zufallen würde. Mit dem offiziellen Zugeständnis, dass sich in Belgien der politische Schwerpunkt vom Bundesstaat auf die Regionen verlagern müsse, schien Di Rupo einen entscheidenden Schritt in Richtung der flämischen Politiker, nicht allein De Wevers, zugemacht zu haben. Als im Herbst der flämische Sozialist Johan Vande Lanotte als umsichtiger Vermittler ein umfassendes Konzept für die Staatsreform ausarbeitete, schien ein Ausweg aus der innenpolitischen Dauerblockade in Sicht.

Anfang 2011 musste Vande Lanotte allerdings aufgeben. Es zeigte sich, dass nicht nur De Wever, sondern auch die flämischen Christlichen Demokraten eine Vereinbarung scheuten. Die CD&V zeigte sich tief zerstritten. Teile der Partei, darunter Ministerpräsident Letermé, neigten der Auffassung zu, dass sich eine Partei, die maßgeblich den staatlichen Umbau mitgestaltet hat, sich nicht ihrer Verantwortung entziehen dürfe. Dagegen fürchtete das vom Regierungschef Flanderns, Kris Peeters, angeführte Lager, eine zu kompromissbereite Haltung werde De Wevers N-VA nur in die Hände spielen. Oft war in diesen Tagen der warnende Hinweis auf die Kommunalwahl im Herbst 2012 sowie die Regionalwahl im Juni 2014 zu hören.

Nun war die Partei, die noch ihre bei der Wahl 2010 erlittenen Wunden zu

lecken schien, selbst an der Reihe. Zwei Monate lang – von März bis Mai – sondierte der junge CD&V-Parteivorsitzende Wouter Beke im königlichen Auftrag. Dann erhielt Mitte Mai der wallonische Sozialist Di Rupo eine zweite Chance, beide Seiten an einen Tisch zu bringen. Dieses Mal sprang Di Rupo über seinen eigenen Schatten und baute in ein rund 100 Seiten umfassendes Verhandlungsangebot zur Staatsreform und zur Wirtschafts- und Finanzpolitik erstmals die Spaltung des Wahlbezirks Brüssel-Halle-Vilvoorde ein.

Jetzt zeigte De Wever sein wahres Gesicht. In einer spektakulären Pressekonferenz, bei der er zunächst keinerlei Fragen zulassen wollte, verwarf er am 7. Juli das Angebot Di Rupos in Bausch und Bogen. Was der wallonische Sozialist niedergeschrieben habe, sei „verheerend für Flandern“ und ein „Tsunami an Steuererhöhungen“. Gleichmaßen selbstbewusst und -gerecht trug er seine vorgebliche Handlungsmaxime vor: „Wenn ich mich nicht selbst überzeugen kann, dass etwas gut ist, kann ich auch keinen anderen davon überzeugen.“

Tatsächlich legte De Wever nun offen, dass er nicht zu einem Kompromiss bereit war. Dahinter stand die das Kalkül, dass damit zweifellos Zugeständnisse an die Französischsprachigen verbunden wären. Dieses Risiko konnte und wollte De Wever, dessen Erfolg auf seiner unversöhnlichen Haltung beruht, zu jenem Zeitpunkt nicht eingehen. Damit führte der Vorsitzende der Partei, deren Programm zur Verwirklichung einer „Republik Flandern“ verpflichtet, der Öffentlichkeit vor Augen, dass er Verhandlungen nur zu ihm genehmen Bedingungen führen wollte.

Dabei war De Wever, wie er im Juni im Gespräch mit der Zeitung „De Morgen“ freimütig eingeräumt hatte, durchaus bewusst, dass es weder in Belgien insgesamt

noch in Flandern eine Bevölkerungsmehrheit zugunsten einer Spaltung des Landes gab. De Wever, obgleich er dies energisch abstritt, schien vor allem daran gelegen zu sein, Bewegung in den Gesprächen zu verhindern. Damit hoffte er den Nachweis erbringen zu können, dass Belgien unregierbar sei und daher über kurz oder lang „verdampfen“ werde.

Ein heilsamer Schock?

Noch zögerten allerdings die flämischen Christlichen Demokraten, sich aus der unheilvollen Umklammerung der N-VA zu lösen. Am 21. Juli, dem belgischen Nationalfeiertag, appellierte König Albert II. an die Politiker des Landes, ihrer Verantwortung endlich gerecht zu werden. Dauere die Blockade an, drohe durch populistische Aufwallungen eine Gefahr für die Demokratie, warnte das Staatsoberhaupt. Wenige Stunden später rang sich die CD&V dazu durch, es ohne die N-VA zu versuchen. Damit war die Partei, ohne die beim Umbau Belgiens in der Vergangenheit wenig bewegt worden wäre, wider Willen in die zentrale Verantwortung gerückt.

Den CD&V-Politikern war die unbequeme Erkenntnis bewusst, dass sie im Falle eines Scheiterns der Gespräche bei vorgezogenen Wahlen den höchsten Preis zu zahlen hätten – und De Wever sich bestätigt fühlen würde. Der verstärkte internationale Druck auf den Finanzmärkten schien zudem dafür zu sprechen, dass die Zeit der taktischen Spielereien in Belgien endlich der Vergangenheit angehören würde.

Der Mitte September erzielte Kompromiss über die Spaltung des Bezirks Brüssel-Halle-Vilvoorde schien den Optimisten recht zu geben – zum ersten Mal nach Jahren verständigten sich Flamen und Frankofone in einer sprachpolitisch heiklen Frage auf einen Kompromiss, den die Unterhändler beider Seiten als „ausgewogen“ bezeichneten.